

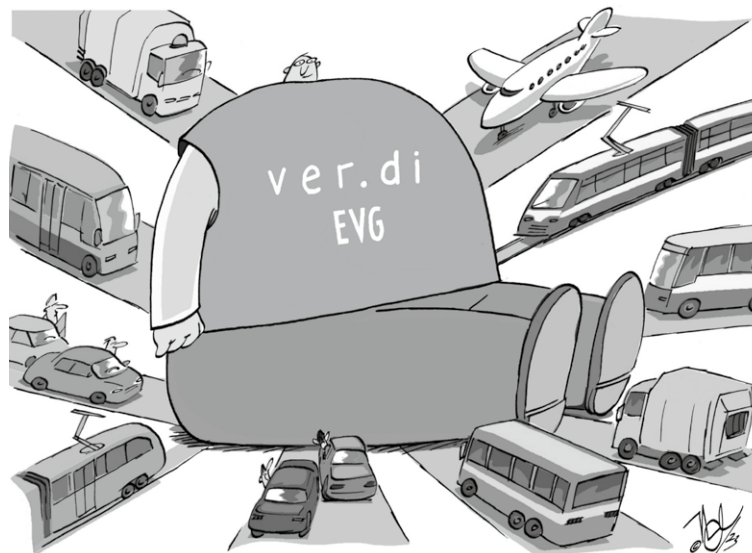
Zusammen geht mehr

STREIK – ver.di und EVG legen Verkehr im Land für einen Tag lahm

Die öffentliche Aufregung war schon im Vorfeld groß: Am Montag, 27. März, riefen ver.di und EVG gleichzeitig Beschäftigte der Branchen, für die sie gerade Tarifverhandlungen führen, gemeinsam zu Warnstreiks und Aktionen auf. Für ver.di war es ein zentraler Streiktag für den Verkehrs- und Infrastrukturbereich. Beschäftigte von Flughäfen, kommunaler ÖPNV-Betriebe in sieben Bundesländern, in Teilen der kommunalen Häfen, der Autobahngesellschaft und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung legten ihre Arbeit nieder.

Dabei ging es nicht nur um den öffentlichen Dienst, für den die Verhandlungen an diesem Tag in der dritten Runde in Potsdam fortgesetzt wurden (siehe Seite 5). An den Flughäfen streikten neben Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch die Kolleg*innen von Bodenverkehrsdiensten und der Luftsicherheit. Auch in diesen beiden Branchen führt ver.di derzeit Verhandlungen. Hinzu kommen die Beschäftigten der Deutschen Bahn und weitere rund 50 Verkehrsbetriebe, für denen die EVG zur Zeit verhandelt.

Doch egal welcher Bereich, welche Gewerkschaft: Die Arbeitgeber haben sich in den Verhandlungen bislang sehr zurückhaltend mit ihren Angeboten gezeigt. Trotz Inflation und ohnehin nicht gerade üppiger Löhne, obwohl die Beschäftigten aller Bereiche während der Corona-Pandemie gezeigt haben,



dass sie den Laden am Laufen halten. „Die bislang vorliegenden Angebote der Arbeitgeber bessern die Situation nicht, sie verschärfen den Konflikt“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke bei der Ankündigung des Streiktags.

Das Verhalten der jeweiligen Arbeitgeber hat die Beschäftigten sauer gemacht – und der Streiktag hatte massive Auswirkungen auf den Verkehr im Land. Die Deutsche Bahn hatte den Fernverkehr komplett eingestellt, auch an einigen Flughäfen wie in Frankfurt/Main ging nichts mehr. Schiffe blieben vor Anker, Busse und Bahnen in den Depots. „Zusammen geht mehr“, hatte Werneke schon bei der Ankündigung der Streiks gesagt. Ganze Städte wurden verkehrstechnisch lahmgelegt, in

Orten wie Freiburg oder Hannover demonstrierten die Streikenden in den Innenstädten. Der Streik setze ein großes Zeichen, das den Arbeitgebern Angst mache, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz als Redner bei einer Demo im Zentrum Potsdams.

Die Arbeitgeber-Kritik, dass ver.di viel früher als sonst das große Besteck raushole, kontert Werneke in einem Interview mit der *Zeit* so: „Das ist noch nicht das große Besteck. Ich würde sagen, wir haben gerade mal Messer und Gabel rausgeholt.“ Es liegt in den verschiedenen anstehenden Verhandlungen jetzt an den Arbeitgebern, dass die Löffel und sonstiges in der Schublade bleiben.

Heike Langenberg

ÜBER 70 000...

...neue Mitglieder hat ver.di seit Jahresbeginn gewonnen. So viel waren es noch nie seit ver.di-Gründung zu Jahresbeginn. Das zeigt, dass ver.di mit ihren Forderungen in den Arbeitskämpfen richtig liegt. Die Beschäftigten haben genug von Arbeitgebern, die versuchen, sie trotz der Inflation mit geringen Gehaltserhöhungen abzuspeisen. Denn gerade die Beschäftigten in der Dienstleistungsbranche haben während der Corona-Pandemie für ihren Einsatz noch viel Applaus bekommen – und dieser sollte sich endlich auch auf ihren Gehaltszetteln widerspiegeln. Also willkommen, liebe Kolleg*innen. Lasst uns zusammen noch mehr bewegen, nicht nur in den aktuellen Tarifrunden. *hla*

Wirkung

„Das Bestreiken von Nahverkehr, Fernverkehr und Flughäfen ist überzogen und schädigt nicht nur das Ansehen des öffentlichen Dienstes, sondern insgesamt das Ansehen des Standortes Deutschland, der auf Mobilität angewiesen ist.“

Die Gelsenkirchener Oberbürgermeisterin Karin Welge, SPD, Verhandlungsführerin der VKA

RENTEN
Erstmals gleiche Werte
Angleichung der Rentenwerte Ost und West erreicht
SEITE 2

SOZIALE BERUFE
Arbeiten am Limit
Beschäftigte nach Corona-Pandemie noch stärker belastet
SEITE 3

GKK
Erste Erfolge
Geplante Schließung von fünf Häusern abgewendet
SEITE 4

ÖD
Solidarisch und kämpferisch
Krachender Empfang zur dritten Runde
SEITE 5

SAP
Klausel unwirksam
BAG schützt Rechte von Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften
SEITE 6

BAKL
Alle unter einem Hut
Bezirkliche Arbeitskampfleitung in Leipzig aktiv
SEITE 7

BILDUNG

Föderale
Grabenkämpfe

(pm) Mehrere Stiftungen haben Mitte März an Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, und die Ministerpräsident*innen der Länder appelliert, einen nationalen Bildungsgipfel einzurichten. ver.di schließt sich diesem Appell an. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle forderte die Politiker*innen auf, föderale Grabenkämpfe zu überwinden und Bildung für Kinder und Jugendliche als gemeinsame, nationale Sache anzugehen. Schon seit Jahren weist ver.di auf die Probleme im Bildungssystem, die bereits im Bereich der frühkindlichen Bildung beginnen. Nach einer qualitativen und quantitativen Ausbauinitiative der frühen 2000er Jahre und der Einführung der Rechtsansprüche, zeichnete sich bereits seit 2010 der Fachkräftemangel in den Kindertageseinrichtungen ab, der nun gnadenlos zuschlägt, so Behle. Hunderttausende Kita-Plätze fehlten und die Kitas könnten aufgrund der nicht kindgerechten Personalausstattung ihren Bildungsauftrag nicht erfüllen. Dieser Notstand durchziehe Grundschulen und weiterführende Schulen. Eine Folge sei, dass immer noch viele Jugendliche ohne Schulabschluss die Schule verlassen.

Erstmals gleiche Werte

RENTENERHÖHUNG – Angleichung der Rentenwerte Ost an West erreicht

(red.) Zum 1. Juli werden die Renten in Deutschland steigen. Nach Zahlen, die das Bundesarbeitsministerium jüngst bekannt gegeben hat, liegt die Erhöhung bei 4,39 Prozent, in den neuen Bundesländern bei 5,86 Prozent. In diesem Jahr stimmen die aktuellen Rentenwerte für Ost und West erstmals überein – 33 Jahre nach der Wiedervereinigung. Bislang lag der Rentenwert bei 98,6 Prozent. Das Netto-Rentenniveau vor Steuern beträgt 48,15 Prozent. „Die Renten steigen auch in diesem Jahr wieder deutlich. Hierdurch

wird die hohe Preissteigerung, die in diesem Jahr erwartet wird, für die 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner deutlich abgemildert“, kommentierte die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund Gundula Roßbach die diesjährige Rentenanpassung. Rückblickend habe es seit 2010 für die Rentner*innen ein deutliches Plus bei der Rente gegeben. So seien die Standardrenten in diesem Zeitraum im Westen um über 32 Prozent, im Osten um über 47 Prozent gestiegen. „Der Anstieg lag damit deut-

lich über der Entwicklung der Inflation in diesem Zeitraum“, sagte Roßbach.

Grundlage für die Steigerungen ist die gute Lohnentwicklung. Sie basiert auf der vom Statistischen Bundesamt gemeldeten Lohnentwicklung nach den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dabei werden aber die sogenannten Ein-Euro-Jobs und die Bezüge von Beamt*innen außen vorgelassen.

Mehr Infos: sopoaktuell.verdi.de,
sopoaktuell Nr. 343

Tarifsperr streichen

WISSENSCHAFT – ver.di-Forderung wurde in den Eckpunkten aufgegriffen

(pm) Mitte März wurden die Eckpunkte des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes vorgestellt. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler forderte, dass die Tarifsperr gestrichen werden müsse. Tarifvertragliche Vereinbarungen müssten

möglich sein, um die Lage der Beschäftigten unmittelbar zu verbessern.

Bühler begrüßte, dass die Bundesregierung die ver.di-Forderung nach verbindlichen Mindestvertragslaufzeiten aufgegriffen hat.

Allerdings müsse hier im weiteren Verfahren noch ordentlich nachgebessert werden. Eine Mindestlaufzeit für Promotionsverträge von drei Jahren reiche nicht aus, da Promotionen heute im Schnitt vier bis fünf Jahre dauern.

DIE PRESSE-SHOW

Bis zu 9050 Euro extra zahlt Porsche seinen Beschäftigten für 2022, das berichtet *n-tv.de* am 22. März. Anspruch auf diese Prämie haben rund 27 000 Mitarbeitende. Auch BMW lässt sich nicht lumpen: Bis zu 9000 Euro Erfolgsprämie zahlt der bayerische Autobauer seinen Beschäftigten, Mercedes 7300 Euro, Audi bis zu 8150 Euro.

Von solchen Boni können die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nur träumen. Dabei sind sie es, die unsere Kinder erziehen, wenn wir arbeiten, die uns pflegen, wenn wir ins Krankenhaus müssen, die uns retten, Feuer löschen, uns mit dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr von A nach B bringen, die unsere Pässe ausstellen und auch ansonsten einiges verwalten und somit das Land am Laufen halten. Dass bei vielen von ihnen nach einem Jahr Mega-Inflation das Einkommen oft vorn und hinten nicht mehr reicht und die Arbeitgeber diese Lücke im Gehalt nicht schließen wollen, das treibt sie

nun zu Hundertausenden auf die Straße.

Und die Medien? Sehen angesichts des Mega-Streiktages vom 27. März, an dem landauf, landab vermutlich mehr Porsches, BMWs und Co. rollten, während der restliche Verkehr stillstand, schon eine Schlacht ausbrechen: „Getrennt marschieren, vereint schlagen – diese Taktik des Generalfeldmarschalls Moltke machen sich jetzt auch die Gewerkschaften Verdi und EVG zunutze“, schreibt das *Handelsblatt* am 24. März. *Die Welt* sieht am selben Tag „Ein Land in Geiselhaft“ und spricht mit Blick auf den „Mobilitäts-Generalstreik“ von einer „vollkommen unverhältnismäßigen Eskalation“.

Ungewöhnlich, aber angemessen

Immerhin: Die *Frankfurter Rundschau* attestiert den Arbeitgebern: „Ernst der Lage nicht erkannt“. Weiter heißt es dort: „Das koordinierte Vorgehen von EVG und Verdi

ist ungewöhnlich, dem Ernst der Situation aber angemessen: Beide Gewerkschaften verhandeln in den laufenden Tarifrunden für Menschen, die viel verbindet: harte Jobs, niedrige Löhne, die von der Inflation aufgefressen werden, und Arbeitgeber, die in der Vergangenheit einiges falsch gemacht haben.“

Die *Mitteldeutsche Zeitung* sieht das ähnlich: „...was oft vergessen wird: Busfahrerinnen und Stellwerker haben nicht nur anstrengenden Schichtdienst, sondern eine enorm hohe Verantwortung für die ihnen anvertrauten Menschen. Dabei sind ihre Arbeitsbedingungen häufig prekär – unbesetzte Stellen, ein hoher Krankenstand, den die Gesunden irgendwie auffangen müssen. Eine bessere finanzielle Anerkennung ist daher überfällig.“ Die *Braunschweiger Zeitung* hatte bereits am 21. März genug von den Warnstreiks und nur noch eine Bitte: „Einigt euch!“ Kein Problem, wenn die Arbeitgeber jetzt alles richtig machen. *Petra Welzel*

Arbeiten am Limit

SOZIALE ARBEIT – Beschäftigte nach der Corona-Pandemie noch stärker belastet

(rs) Das Burnout-Risiko der Beschäftigten ist in allen Arbeitsfeldern der sozialen Arbeit hoch. Insbesondere sind Beschäftigte in den Inobhutnahmestellen, der Behindertenhilfe, in den Kitas und in den Jugendämtern betroffen. Dabei sind die Beschäftigten öffentlicher Träger stärker belastet als die von kirchlichen oder privaten Trägern. Sie könnten sich als staatliche Institution nicht aus der Verantwortung ziehen und bei Überlastung „wegducken“, sagten Nikolaus Meyer von der Hochschule Fulda und Elke Alsago von ver.di.

Sie haben jüngst die Ergebnisse einer bundesweiten Studie vorgestellt, für die im November 2022 8200 Beschäftigte in der sozialen Arbeit befragt wurden. Die Studie macht deutlich, dass sie zunehmend an ihre Belastungsgrenzen stoßen.

Über alle Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit hinweg macht mehr als ein Drittel der Befragten regelmäßig drei oder mehr Überstunden pro Woche. Über 65 Prozent der Befragten stehen bei ihrer Arbeit unter Zeitdruck. Die Gründe hängen unmittelbar mit der Corona-Pandemie zusammen. Die gestiegenen Hilfebedarfe der Klient*innen, der Personalmangel und die dadurch entstehende Mehrarbeit können nur durch

die hohe Aufopferungsbereitschaft der Beschäftigten bewältigt werden. Dabei scheint das Alter keinen Einfluss auf das Burnout-Risiko zu haben. Die Ergebnisse der Befragung, egal ob jung oder älter, waren bis auf die Nachkommastelle identisch.

Ein alter Hut

Das alles ist jedoch kein neues Phänomen. Bereits vor zehn Jahren machten viele Beschäftigte eine Belastungsanzeige. Doch die Situation und Belastung in der Sozialen Arbeit habe sich in den letzten Jahren immer weiter zugespitzt, sagt ver.di-Bundesfachgruppenleiterin Elke Alsago. Dabei sei versäumt worden, Fachkräfte auszubilden und einzustellen und die Angebote mit Beschäftigten und Ressourcen auszustatten. „Oft ist das Angebot

abhängig von der Finanzkraft der Kommunen. Das führt zu einer prekären Situation für Beschäftigte und Adressatinnen und Adressaten“, so Alsago.

Das alles hat nicht nur Folgen für die 1,5 Millionen Beschäftigten, sondern ebenfalls für die über 5 Millionen Klient*innen. Durch den gestiegenen Druck haben Streit und Konflikte in den Einrichtungen der sozialen Arbeit erheblich zugenommen. Fragt man die Beschäftigten, so nehmen sie eine deutliche Verschlechterung im sozialen Zusammenleben sowie der psychischen Gesundheit der betreuten Familien, jugendlichen Klienten und Menschen mit Behinderung wahr. Nikolaus Meyer der Hochschule Fulda sieht hier eine wichtige Aufgabe für ver.di und spricht von einem Flächenbrand in der Sozialen Arbeit.

Wie bewältigen die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit die Mehrarbeit?



* fünf Tage und mehr ** 5 Stunden und mehr pro Woche; Mehrfachnennungen möglich

QUELLE: FACTSHEET DER HOCHSCHULE FULDA ZUR STUDIE „PROFESSIONELLE KRISE NACH CORONA“

Frag doch mal nach

SOZIALWAHLEN – ver.di öffnet wieder Portal für Fragen an Spitzenkandidat*innen

(red.) Wer sind die eigentlich? Diese Frage stellen sich viele, wenn sie ihr Kreuz auf dem Wahlschein für die

Sozialwahl machen sollen. Dazu hat ver.di wieder das Portal **sozialversicherung.watch** aktiviert. Hier

können den Spitzenkandidierenden Fragen zu ihrem Amt und ihren Vorhaben gestellt werden.

Unter deutscher Flagge

SCHLEPPSCHIFFFAHRT – Bundesregierung ignoriert Beschluss des Haushaltsausschusses

(pm) ver.di fordert die Bundesregierung auf, einer Verordnung zur Umsetzung der Vorschrift der deutschen Flagge in der Schleppschiffahrt nachzukommen. Die hatte der Haushaltsausschuss beschlossen. Sie sollte für Schleppschiffe in deutschen Küstengewässern und auf seewärtigen Zufahrtswegen gelten. „Damit folgt der Haushaltsaus-

schuss nicht nur der durch die Europäische Hafenverordnung ermöglichten Vorschrift, sondern eröffnet auch eine große Perspektive für das deutsche maritime Cluster“, sagte Maya Schwiengershausen-Güth, die die ver.di-Bundesfachgruppen Maritime Wirtschaft leitet.

Kaum ein Großschiff läuft in einen deutschen Seehafen ein, ohne dass

ein Schleppschiff beteiligt ist. „Mit der Umsetzung der Verordnung zur Flaggenvorschrift besteht nun endlich die Chance, Sozialdumping zu verhindern und verbindliche Qualitätsstandards vorzugeben“, betont Schwiengershausen-Güth. Nachfolgend müsse diese Verordnung dann in Länderrecht überführt werden; dabei sei keine Zeit zu verlieren.



Foto: Kay Hirschelmann

FRANK WERNEKE IST DER VORSITZENDE VON VER.DI

REDE

Ignoranz der Arbeitgeber

„Ich bin in den letzten Tagen mehrmals in Interviews gefragt worden, ‚Können Sie diese Streiks überhaupt verantworten?‘. Es gibt ja einen Grund, weshalb heute alle Räder stillstehen: Alle, die wir aufgerufen haben zum Streik, streiken auch. (...) Deshalb zeigt dieser Streik Wirkung. EVG und ver.di sind die beiden Mobilitätsgewerkschaften in Deutschland und uns verbindet viel. Viele Beschäftigte in Verkehrsberufen, aber nicht nur da, arbeiten am Limit, weil viel zu viele Stellen zwar ausgeschrieben sind, aber nicht besetzt sind, weil die Bezahlung zu schlecht ist. Wir sind zeitgleich in Verhandlungen (...) und es gibt eine verbindende Linie in all den Verhandlungen. Da sitzen Arbeitgeber (...), die sagen, die Forderungen verstehen wir zwar irgendwie, aber Geld ist nicht da. Sie erzählen, das mit dem Arbeitskräftemangel stimmt so nicht. Fachkräftemangel gibt es vielleicht für Führungskräfte, da muss man was am Gehalt tun. (...) Das steht im völligen Widerspruch zur Realität. (...) Deshalb ist dieser Arbeitskampf auch ein Arbeitskampf gegen die Ignoranz der Arbeitgeber.“

Erste Erfolge

GALERIA KARSTADT KAUFHOF – Geplante Schließung von fünf Häusern abgewendet

(ml) Am 13. März wurde die Schließungsliste für Filialen von Galeria Karstadt Kaufhof (GKK) öffentlich. Laut dem Galeria-Gesamtbetriebsrat sollten im Zuge des Insolvenzverfahrens 52 von den verbliebenen 129 Galeria-Filialen geschlossen werden. Davon wären rund 5000 Beschäftigte betroffen. ver.di kündigte an, um die Arbeitsplätze und Filialen zu kämpfen.

Inzwischen gibt es erste Erfolge. Nach Stand vom 16. März gehört unter anderem das Erlangener

GKK-Haus zu den ersten, die von der Liste genommen wurden. „Wir freuen uns wahnsinnig! Es sind über 90 Arbeitsplätze und Perspektiven gesichert“, sagte die zuständige ver.di-Sekretärin Jaana Hampel.

Auch das Leipziger Warenhaus in der Innenstadt soll erhalten bleiben, wie am 16. März bekannt wurde. „Unsere Gespräche mit der Stadt Leipzig und mit Verantwortlichen aus der Landes- und Bundespolitik haben erheblich zu diesem

Erfolg beigetragen“, so ver.di-Landesfachbereichsleiter, Torsten Furgol. 170 betroffene Beschäftigte und deren Familien könnten nun aufatmen. Darüber hinaus wurden auch die Filialen in Bayreuth, Oldenburg und Rostock inzwischen von der Schließungsliste genommen.

Bereits während des letzten Schutzschirmverfahrens in der Corona-Pandemie hatte das Unternehmen 40 Filialen geschlossen und 4000 Stellen gestrichen.

Jobabbau angekündigt

DEUTSCHE WELLE – Mitteilung erfolgte in Online-Betriebsversammlung

(red.) Bei einer Online-Betriebsversammlung haben die Beschäftigten der Deutschen Welle Mitte März erfahren, dass bis zu 300 vorwiegend freie Mitarbeitende noch bis Ende dieses Jahres ihren Job verlieren sollen. Begründung: Die Intendanz befürchte eine Verschlechterung der Finanzsituation für das Jahr 2024. „Wir fordern die Deutsche Welle auf,

die eingeleiteten Maßnahmen sofort zu stoppen. Es ist völlig unklar, ob finanzielle Engpässe überhaupt entstehen werden“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz. Im Koalitionsvertrag sei für die Deutsche Welle ausreichende Unterstützung vorgesehen.

Die Maßnahmen sollen auch die Einstellung der linearen Ausstrah-

lung von Deutsche Welle TV in deutscher Sprache zur Folge haben. Für ver.di sei fraglich, ob dann die Erfüllung des Programmauftrags überhaupt noch gewährleistet sei. Weiterer Vorwurf: Die Deutsche Welle habe die Einschnitte vorbereitet, ohne die Personalräte einzubeziehen – diese wurden erst kurz zuvor informiert.

TARIFLICHES

ZEITSCHRIFTEN – (pm) In der sechsten Runde der Tarifverhandlungen für Zeitschriften-Redaktionen haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf einen Abschluss verständigt. Die Entgelte der rund 5000 Redakteur*innen und Volontär*innen werden ab April um 4,4 Prozent erhöht. Ab März 2024 steigen die Gehälter der Redakteur*innen um einen Festbetrag von 125 Euro, die der Volontär*innen um 100 Euro. Hinzu kommen monatliche Zuschüsse von 125 Euro zum Ausgleich der Inflation von April an bis zum Ende der 25 Monate dauernden Laufzeit des Tarifvertrags bis Ende September 2024.

Verhandelt haben ver.di und der DJV mit dem Medienverband der Freien Presse (MVFP). Das Tarifergebnis wirke sich mit 277 Euro oder 8 Prozent mehr Geld auf der Gehaltsabrechnung besonders positiv für junge Redakteur*innen und mit 214 Euro bzw. 10,5 Prozent für Volontär*innen aus, sagte ver.di-Ver-

handlungsführer Matthias von Fintel. Bis Ende September soll es auch ein Ergebnis in den sich jetzt anschließenden Verhandlungen über die Einbeziehung von Online-Redakteur*innen geben. Vereinbart wurde mit dem Tarifergebnis auch die Fortschreibung eines Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrages bis Ende 2024.

STATIONIERUNGSSTREITKRÄFTE

– (pm) Mit Vertreter*innen des Bundesfinanzministeriums und der Entsendestaaten hat ver.di eine Tarifeinigung für die Zivilbeschäftigten der Stationierungsstreitkräfte erzielt. Zu den wichtigsten Elementen der Einigung gehören eine rückwirkende Erhöhung der Tabellenentgelte mit Wirkung vom 1. November 2022 um 4,1 Prozent, eine „Ausgleichszulage“ in Höhe von 167 Euro ab dem 1. April 2023, eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3000 Euro in 2023 sowie eine Laufzeit von 11 Monaten.

SKY – (pm) ver.di und der Bundesverband Schauspiel (BFFS) haben sich mit dem Pay-TV- und Streaming-Anbieter SKY auf eine gemeinsame Vergütungsregel (GVR) für dessen Serienproduktionen geeinigt. Für Serien, die ab Beginn des Jahres 2017 herausgebracht wurden, gelten damit Zusatzvergütungen für die beteiligten Filmschaffenden vor und hinter der Kamera. Diese richten sich nach der Anzahl der Zugriffe (linear und non-linear) auf deutschsprachige Serien in den europäischen Verbreitungsgebieten der Sky-Plattform. Von der GVR profitieren neben den Schauspieler*innen weitere Urheberrechtlich zu beteiligende Filmschaffende in den Bereichen Tongestaltung, Masken-, Kostüm- und Szenenbild, Filmmontage, Kamera sowie Regie, die an den Sky-Serienproduktionen mitgewirkt haben. Die beiden Gewerkschaften ver.di und BFFS vertreten als größte Einzelgewerkschaften der Filmbranche alle genannten Bereiche.

**TÉSTE DIENR. 1
FÜR BETRIEBSRÄTE.**
»Arbeitsrecht im Betrieb« –
das Beste für Dich und Dein Gremium.



Zwei
Ausgaben
gratis
testen!



Deine Vorteile auf einem Blick:
– 11 gedruckte Ausgaben im Jahr
– regelmäßiger Newsletter
– Online-Datenbank mit 3 Zugängen
– ePaper, barrierefrei durch Vorlesefunktion

Solidarisch und kämpferisch

ÖFFENTLICHER DIENST – *Krachender Empfang zur dritten Runde*

(ml) Zum Start der dritten Verhandlungsrunde am 27. März haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen den Arbeitgebern erneut die rote Karte gezeigt: Nicht nur beim bundesweiten Megastreik (Bericht S. 1), auch direkt vor dem Verhandlungshotel. Rund 2000 Beschäftigte waren dazu nach Potsdam gereist, um den Arbeitgebern einen krachenden Empfang zu bereiten. Da die dritte Verhandlungsrunde bis nach Druck der ver.di news dauert, kann über das Ergebnis noch nicht in dieser Ausgabe berichtet werden. Tagesaktuelle Infos gibt es unter **zusammen-geht-mehr.verdi.de**

Die wichtigste Forderung von ver.di: Diejenigen mit geringem Einkommen müssen über einen Mindestbetrag besonders berücksichtigt werden. Das aber lehnten die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde kategorisch ab. Stattdessen wollten sie, dass diejenigen, die besonders viel verdienen,

besonders viel bekommen. Darauf konnte es nur eine entsprechende Antwort geben: Streik. Das machten rund 400 000 Streikende in den letzten Wochen deutlich. Und das skandierte auch die ver.di Jugend in Potsdam beim Empfang der Arbeitgeber: „Heute ist kein Arbeitstag, heute ist Streiktag“.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke betonte, es gehe um eine starke soziale Komponente zum Ausgleich der Inflation. Es gehe aber auch darum, die benötigten Fachkräfte zu gewinnen. Schon jetzt fehlten 300 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Bis Ende des Jahrzehnts seien es 1,4 Millionen Stellen, die besetzt werden müssten, weil auch noch die Baby-Boomer in Rente gehen.

Die Arbeitgeber müssten schon deutlich was drauflegen, damit es in dieser Runde ein Ergebnis gibt und keine weiteren Streiks, kündigte Werneke an. Angesichts der Kritik an den Arbeitsniederlegungen der letzten Wochen, sagte er, jeder

Streik sei Ausdruck von „Kraft und Stärke“, und mit Blick auf die gemeinsamen Streiktage am internationalen Frauentag und mit Fridays for Future: Im öffentlichen Dienst gehe es natürlich auch immer um politische Themen.

Wie satt es die Beschäftigten haben, von ihren Arbeitgebern gehalten zu werden, erzählten Streikende in Potsdam: „Sonst passiert nichts“, so eine Erzieherin. „Ich verdiene zu wenig“, eine andere. „Man muss sich organisieren“, betonte eine BSR-Beschäftigte. Und eine Gesamtpersonalratsvorsitzende bestätigte: „Wir müssen attraktiver werden, damit wir die benötigten Fachkräfte gewinnen können.“

In den letzten Wochen hatte ver.di deshalb einen Zulauf wie noch nie. Besonders auch sehr viele junge Menschen schließen sich der Gewerkschaft an. Alle eint die Erkenntnis, dass sie nur gemeinsam etwas erreichen können – gemäß dem Motto: „Gemeinsam sind wir am stärksten!“



STATEMENTS

Darum sind wir dabei

„Ich bin in ver.di eingetreten, weil man sich für sich selbst einsetzen muss. Wenn man nichts tut, passiert nichts. Andere Beschäftigte sollten auch Mitglied werden.“

Eine Erzieherin aus Brandenburg

„Ich arbeite bei der BSR und habe als Alleinerziehende in Teilzeit so wenig verdient, dass ich mit Hartz IV aufstocken musste. Jetzt habe ich eine volle Stelle und bin gleich auch noch ver.di-Mitglied geworden. Man muss sich organisieren, wenn man bessere Löhne will.“

Eine Bedarfskraft der Berliner Stadtreinigung (BSR)

„Jetzt war es an der Zeit und ich bin eingetreten – wegen dauerhafter Erschöpfung im Job und wegen der Ungerechtigkeit durch die Arbeitgeber. Der Personalmangel und die Arbeitsbedingungen sind unser Hauptproblem.“

Eine Sprachtherapeutin

„Ich bin seit letztem Jahr dabei und kämpfe für meine Kollegen und für mich. Wir können nicht einzeln zum Chef gehen und mehr Geld fordern. Wir sind eine Tarifgemeinschaft, davon profitiere auch ich. Je mehr wir sind, desto besser. In diesem Jahr haben wir schon mehrmals gestreikt.“

Andrea K., Kreditsachbearbeiterin

Schlechtere Berufschancen

DIGITALISIERUNG – *Frauen verwenden seltener spezialisierte Software*

(pm) Weibliche Beschäftigte sind mit Blick auf die digitale Zukunft bei ihrer beruflichen Tätigkeit klar im Nachteil gegenüber ihren Kollegen. Das hat eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung erge-

ben. Zwar arbeiten Männer wie Frauen ähnlich häufig am Computer. Geht es dabei aber um die Verwendung fortgeschrittener und spezialisierter Software oder die Nutzung vernetzter digitaler Technologien, ist der Rückstand der Frauen

groß. Besonders stark im Nachteil sind Teilzeitbeschäftigte. Daher schätzen Frauen vielfach ihre Berufschancen auf einem zunehmend digitalisierten Arbeitsmarkt schlechter ein, als Männer es in Befragungen tun.

Von Anfang an mitbestimmen

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ – *Untersuchung betont Bedeutung gesetzlicher Regelungen*

(pm) Damit KI-Systeme in der Personalpolitik von Unternehmen kein Unheil anrichten, sollten Beschäftigte und Betriebsräte am gesamten Entwicklungs-, Einführungs- und Anwendungsprozess beteiligt werden. Das ergibt eine neue Studie von AlgorithmWatch. In ihrer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Untersuchung zeigen Forschende der Nichtregierungsorganisation, in welchen Phasen Mitsprache der Belegschaft besonders wichtig ist, wenn „Maschinelles

Lernen“ im Personalbereich angewendet wird.

Erleichtert würde das durch neue gesetzliche Regelungen, etwa umfassende Transparenz-Anforderungen für KI-Systeme, sagen Anne Mollen und Lukas Hondrich von AlgorithmWatch. Auch die wissenschaftliche Direktorin des Hugo Sinzheimer Instituts (HSI) für Arbeits- und Sozialrecht der Hans-Böckler-Stiftung, Johanna Wenckebach, hält entsprechende Gesetzesreformen für notwendig. Dabei

nennt sie stärkere gesetzliche Mitbestimmungsrechte beim betrieblichen Datenschutz und bei der Prävention von Diskriminierungen. Sie seien ein wichtiger Baustein, um Fehlentwicklungen zu verhindern.

ANNE MOLLEN, LUKAS HONDRICH:

FROM RISK MITIGATION TO EMPLOYEE ACTION ALONG THE MACHINE LEARNING PIPELINE, WORKING PAPER DER HBS-FORSCHUNGSFÖRDERUNG NR. 278, MÄRZ 2023

AUCH DAS NOCH

Klausel unwirksam

Zwei Wochen Zeit**SAP-AUFSICHTSRAT – BAG schützt Rechte von Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften**

(dgb-rs) Nach einem Praktikum in einem Friseurbetrieb bekam eine junge Frau dort den erhofften Ausbildungsplatz. Doch fünf Monate nach Ausbildungsbeginn erhielt sie die fristlose Kündigung, angabegemäß noch in der Probezeit. Diese darf nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) maximal vier Monate lang sein. Danach kann der Arbeitgeber nur noch mit einer Frist von vier Wochen und bei einem wichtigen Grund kündigen, der ihm erst seit zwei Wochen bekannt ist. Der Arbeitgeber kündigte erneut, diesmal mit Begründung. Der zuständige Ausschuss für Ausbildungsstreitigkeiten bei der Handwerkskammer erklärte das Verfahren kurzerhand für beendet, beide Kündigungen seien ungültig. Einen Grund für die zweite Kündigung konnte er nicht erkennen, da die junge Frau in den zurückliegenden zwei Wochen der für eine Kündigung möglichen Zeitspanne überhaupt nicht gearbeitet hatte, habe sie sich auch nichts zu Schulden kommen lassen können. Der Kern der Aussage des Ausschusses: Die junge Frau müsse ihre Ausbildung in dem Betrieb fortführen. Das beurteilt der DGB-Rechtsschutz als schwierig, gerade in einem so kleinen Betrieb. Allerdings wurde ein Vergleich geschlossen, der eine Turboklausel enthielt. Wenn die junge Frau einen neuen Ausbildungsbetrieb findet und sofort wechseln kann, erhält sie die der bisherigen Ausbilderin ersparte Vergütung als Abfindung.

(hbs) Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass die Umwandlung einer AG in eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) nicht genutzt werden darf, um die Sitze für Gewerkschaftsvertreter*innen im Aufsichtsrat zu beseitigen. Damit hat das EuGH die Position der Gewerkschaften bestätigt. In dem konkreten Verfahren, das ver.di und die IG Metall bereits 2016 angestrengt haben, ging es um den Softwarekonzern SAP.

Jetzt hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) seinen Beschluss dazu verkündet. Es hat die Klausel zur Verkleinerung des Aufsichtsrats bei SAP für unwirksam erklärt. Diese Klausel der SE-Beteiligungsvereinbarung sah vor, den SAP-Aufsichtsrat von 18 auf 12 Mitglieder zu verkleinern. Mit dem BAG-Beschluss ist jetzt klar, dass bei der Missachtung der Rechte von Arbeitnehmer*innen und Gewerk-

schaften Unwirksamkeit droht. Die gesicherten Sitze für Gewerkschaftsvertreter*innen im Aufsichtsrats bleiben erhalten.

„Die BAG-Entscheidung bedeutet mehr Schutz für Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in der SE. Gewerkschaftssitze sind bei der Umwandlung von einer AG in eine SE gesichert“, heißt es dazu im Mitbestimmungsportal **mitbestimmung.de** der Hans-Böckler-Stiftung (hbs). Das gelte es jetzt auch in anderen Unternehmen bei SE-Verhandlungen zu beachten und für starke Arbeitnehmer*innenrechte zu nutzen. „Die BAG-Entscheidung ist auch eine Absage an arbeitgebernahe Positionen, den Unternehmen bei Umwandlung in eine SE größte Flexibilität bei der Einschränkung von Arbeitnehmerrechten einzuräumen“, heißt es weiter auf **mitbestimmung.de**. Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften, nicht nur bei SAP, gingen so-

mit gestärkt aus diesem Verfahren hervor.

In einer Pressemitteilung kurz nach der EuGH-Entscheidung hatten ver.di und IG-Metall diese „als wichtiges Signal auch an die Politik“ bezeichnet. Die Umwandlung in eine SE dürfe nicht dazu missbraucht werden, Arbeitnehmer*innen Beteiligungsrechte zu entziehen oder vorzuenthalten. Dies sei jedoch zunehmend der Fall. Die Konsequenzen, die sich aus der Umwandlung von Rechtsformen von Unternehmen ergeben, seien daher zu Recht auch im Koalitionsvertrag der Ampel als Handlungsfeld identifiziert worden. IG Metall und ver.di sehen hier entsprechende Änderungen im SEBG als entscheidenden Faktor an, um das Unterlaufen der Mitbestimmung zu verhindern.

Aktenzeichen 1 ABR 43/18 (BAG), C-677/20 (EuGH)

Beständigkeit in Nordrhein-Westfalen

LANDESBEZIRKSKONFERENZEN – Konferenzen auf Landesebene sind beendet**Baden-Württemberg**

Die 139 Delegierten des Landesbezirks haben Martin Groß als Leiter von ver.di Baden-Württemberg und Hanna Binder als seine Stellvertreterin wiedergewählt. Neu im Führungstrio ist die bisherige Jugendsekretärin Maika Schollenberger. Sie löst Susanne Wenz ab. Günter Kessel ist der neue ehrenamtliche Vorsitzende des Landesbezirks, er ist Personalratsvorsitzender im Landratsamt Sigmaringen. Im Verlauf der Konferenz berieten die Delegierten insgesamt 174 Anträge und verabschiedeten eine Resolution zur Unterstützung der Frauen im Iran.

Bayern

Die Delegierten der Landesbezirkskonferenz von ver.di Bayern in Regensburg haben die hauptamtlichen Führungskräfte für vier Jahre in ihren Ämtern bestätigt. Landesbezirksleiterin bleibt Luise Klemens, Linda Schneider und Sinan Öztürk bleiben Stellvertreter*innen. (Beschlüsse folgen)

Nordrhein-Westfalen

Die 204 Delegierten des ver.di-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen setzen auf Beständigkeit. Sie haben die bisherige Landesbezirksleitung in ihren Ämtern bestätigt. Gabriele Schmidt leitet den ver.di-Landesbezirks in ihrer sechsten Amtszeit. Vertreten wird sie von Frank Bethke und Birgit Sperner. Bestätigt hat der neugewählte ehrenamtliche Landesbezirksvorstand auch seinen Vorsitzenden Andre von der Heiden. Er ist Personalratsvorsitzender der Stadt Oberhausen.

Beraten haben die Delegierten über 200 Anträge. Inhaltliche Schwerpunkte waren unter anderem tarifpolitische und gewerkschaftliche Strategien, Entwicklung von Arbeitsschutz- und Mitbestimmungsgesetzen, die Zukunft im öffentlichen Dienst, Kommunal Finanzen und lebenswerte Städte, Positionierungen gegen Rechtspopulismus und Diskriminierung sowie die gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Niedersachsen-Bremen

Beim ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen steht jetzt Andrea Wemheuer an der Spitze. Sie ist Nachfolgerin von Detlef Ahting, der sich nach drei Amtszeiten nicht mehr zur Wahl gestellt hat. Wemheuer war bisher eine der beiden stellvertretenden Leiterinnen. Uta Gottschaar wurde als Stellvertreterin durch die Landesbezirkskonferenz bestätigt, neu im Führungstrio ist Stefanie Reich. Der ehrenamtliche Landesbezirksvorstand hat bei seiner Konstituierung Christina Domm zu seiner Vorsitzenden gewählt.

Die Delegierten haben zudem Resolutionen für die Solidarität mit den Beschäftigten des Konzerns Galeria Karstadt Kaufhof und für die Demonstrierenden im Iran verabschiedet. Außerdem schaltete sich die Konferenz live per Video zur parallel in Berlin stattfindenden Konferenz der internationalen Amazon-Arbeiter*innen. Mit stehenden Ovationen brachten die Delegierten ihre Unterstützung für die Amazon-Beschäftigten zum Ausdruck.

Alle unter einem Hut

TARIFRUNDE ÖD – *Bezirkliche Arbeitskampfleitung ist in Leipzig aktiv*

Die Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen sind am 27. März in die dritte Runde gegangen (siehe Seite 5). Da das Angebot der Arbeitgeber in der zweiten Runde völlig unzureichend war, hatte ver.di in allen Bundesländern zu Warnstreiks aufgerufen – auch in Sachsen. Im ver.di-Bezirk Leipzig-Nordsachsen hilft eine ehrenamtliche Bezirksarbeitskampfleitung (BAKL), die Streiks und Aktionen zu organisieren.

Claudia arbeitet bei der Rentenversicherung Mitteldeutschland in Leipzig und ist schon lange bei ver.di aktiv. Seit Januar ist sie Teil der neu formierten BAKL. „Wir sind Ehrenamtliche aus sämtlichen Betrieben, die halt zum öffentlichen Dienst gehören“, sagt sie. Unter anderem gehören dazu die Leipziger Verkehrsbetriebe, die Stadtreinigung, die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, die Stadtverwaltung Leipzig, Horte und Kitas, aber auch die Dienststellen in den Städten und Gemeinden rund um Leipzig.

Feuer und Flamme bei jedem Streik

Die größte Herausforderung ist aus Claudias Sicht, bei der Planung die

vielen Köpfe und Meinungen in den BAKL-Sitzungen unter einen Hut zu bekommen. Bisher wurde immer konstruktiv zusammengearbeitet. Es bedarf jedoch einer Moderation, die das alles zusammenhält, gibt Claudia lachend zu. Ihr ist wichtig, dass die Arbeitgeber endlich sehen, dass die Beschäftigten wirklich alles geben, um das öffentliche Leben am Laufen zu halten: „Es ist so wichtig, dass die Leute ihr Geld kriegen, da wir ja auch leben müssen. Ich wünsche mir, dass die Arbeitgeber das endlich wertschätzen.“ Was sie weiter motiviert, sind das große Interesse und der Zuspruch der vielen Kolleg*innen.

Claudias BAKL-Kollege Justin ist gerade 22 Jahre alt geworden, seit 2020 Straßenbahnfahrer bei den Leipziger Verkehrsbetrieben und seit November ver.di-Mitglied. Seit Januar ist er auch in der BAKL aktiv und findet seine Aufgaben dort wahnsinnig spannend. „Wir in der BAKL bekommen ja schon vorab die ganzen Informationen, wann, wie lange und in welchem Ausmaß gestreikt wird. An den Sitzungen nehmen nur ausgewählte Mitglieder teil, das ist wirklich alles top secret. Sowas wird sonst in aller letzter Minute bekannt gegeben,

damit sich der Arbeitgeber nicht so groß vorbereiten kann.“

Die BAKL als Bindeglied

Er versteht die BAKL als ein Bindeglied für ver.di als große Gewerkschaft zu einzelnen lokalen Betrieben. „Wir haben sehr sehr viele Mitglieder gewinnen können. Tatsächlich ist die Beteiligung groß, auch allgemein bei den großen Warnstreiks. Das war vorher wohl nicht so, haben mir Kollegen erzählt.“ In der Vergangenheit, erklärt er, sei wohl Vertrauen in ver.di verloren gegangen. Doch ver.di habe viel umstrukturiert und beziehe die Beschäftigten jetzt mehr ein. Das sei auch einer der Gründe, warum viele der Gewerkschaft eine zweite Chance geben. Ein weiterer sind Aktionen wie ein 24- oder gar 48-Stunden-Streik – die hat es bisher noch nicht gegeben: „Damit konnten wir das Vertrauen wieder zurückgewinnen.“

Für ihn ist es auch ein persönlicher Erfolg zu beobachten, wie viele junge Leute sich engagieren und wie sich alle gegenseitig unterstützen. „Wir wollen gemeinsam Ziele erreichen, die Forderungen durchsetzen und das schaffen wir eben nur gemeinsam – das haben viele jetzt verstanden.“

Gegenseitig unterstützen



Claudia arbeitet bei der Rentenversicherung Mitteldeutschland in Leipzig. Sie ist bei der BAKL aktiv. Ihr Team hat in drei Monaten schon viel erreicht:

„Wir haben viele neue Mitglieder gewonnen, auch viele neue Leute mit auf die Straße bekommen und das Bewusstsein für die Notwendigkeit unserer Forderungen geschärft. Ich glaube dadurch, dass wir eine ehrenamtliche BAKL sind und alles selbst organisieren und planen, stehen wir auch ganz anders dahinter. Das Gute bei uns ist, dass wir uns gegenseitig so unterstützen. Da sind zum Beispiel Fahrer von den Leipziger Verkehrsbetrieben mal als Aktion mit in die Kitas gegangen und haben dort eine Ansprache gehalten – alle sind super solidarisch.“

Sozialstaat verteidigen und ausbauen

FACHBEREICH C – *Sylvia Bühler im Amt bestätigt*

(red.) Als erster Fachbereich auf Bundesebene hat der Fachbereich C, Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft, seine Bundesfachbereichskonferenz abgehalten. Dabei wurde Bundesfachbereichsleiterin Sylvia Bühler in ihrem Amt bestätigt und damit erneut für den ver.di-Bundesvorstand gewählt. Sie hatte in ih-

rem Rechenschaftsbericht auf vier „extrem anspruchsvolle und komplizierte Jahre“ zurückgeblickt. In den kommenden Jahren werde es vor allem darum gehen, „den Sozialstaat zu verteidigen bzw. auszubauen“, kündigte Bühler an. Dazu gehöre auch die Aufwertung der Berufe, die in dem Fachbereich organisiert sind, und eine

deutlich bessere Personalausstattung.

Ihr zur Seite steht dabei auch der ehrenamtliche Vorstand des Fachbereichs. Er hatte auf seiner konstituierenden Sitzung im Rahmen der Konferenz Johannes Hermann aus Dresden zum Vorsitzenden gewählt. Pauline Kracht aus Hannover ist seine Stellvertreterin.



Justin ist Straßenbahnfahrer in Leipzig und ebenfalls Mitglied der BAKL. Seine Botschaft an die Arbeitgeber sind Zusammenhalt und Solidarität:

„Die Situation ist für uns alle nicht einfach und trotzdem machen wir unseren Job. Wir, die Bahnfahrer, die Erzieherinnen in den Kitas und so weiter, wir halten die Stadt am Laufen. Das ist auch eine große Verantwortung, und dafür müssen wir auch gerecht entlohnt werden.“

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), MARION LÜHRING, FANNY SCHMOLKE, RITA SCHUHMACHER

MITARBEIT: ANKE GEORGE-STENGER

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 6 ERSCHEINT

AM 22. APRIL 2023

verdi.de



DER LAUTE FRÜHLING, EIN FILM VON LABOURNET.TV;
BUCH, REGIE, PRODUKTION: JOHANNA SCHELLHAGEN
HYBRIDER DOKUMENTARFILM, DEUTSCHLAND 2022,
62 MINUTEN, TERMINE UNTER **LABOURNET.TV/**
DER-LAUTE-FRUEHLING-TERMINE

Klimakiller Kapitalismus

FILMTIPP – „Der laute Frühling“ denkt Klima- und Arbeiterbewegung zusammen

Erst einmal sehen die Zuschauer*innen nur ein schwarzes Bild, sonst nichts. Dann erklingt Johannas Stimme aus dem Off. Sie sagt, sie sei Medienaktivistin, 20 Jahre lang habe sie Streiks in der Arbeitswelt begleitet und dokumentiert. Erst sehr spät sei ihr klar geworden, wie schlimm die Auswirkungen des Klimawandels tatsächlich seien. Nach zwei Jahrzehnten Streikfilmen hat Johanna nun einen Film über die Klimabewegung gemacht: „Der laute Frühling“.

Aber nicht nur über sie. Für Johanna ist von Anfang an klar: Die Klimabewegung wird über ihre zweifelsohne mächtigen Proteste

keine Macht entwickeln, wenn sie sich nicht mit der Arbeiterbewegung zusammenschließt. „Zu sehen, wie erfolgreich Menschen sind, wenn sie gemeinsam kämpfen und sich an ihrem Arbeitsplatz organisieren, hat mich geprägt“, sagt Johanna zu Beginn des Films. „Und ich denke, dass die strukturelle Machtlosigkeit der Klimabewegung genauso lange andauern wird, wie sie die strukturelle Macht von Arbeiter*innen ignoriert.“

Anschließend nimmt uns Johanna mit auf eine kleine Rundreise durch die Welt, dorthin, wo wir die Natur und Lebensgrundlagen schon nahezu zerstört haben. Sie nimmt uns mit zu den Aufständen im „Arabischen Frühling“ und zu verschiedenen Klimaprotesten. Sie spricht mit verschiedenen Ökonom*innen, mit Klima- und Gewerkschaftsaktivist*innen. Immer dreht es sich dabei um die Fragen, inwieweit der Kapitalismus das Grundproblem des Klimawandels ist und wie er sich überwinden ließe. Und immer wieder gucken die Zuschauer*innen ins Nichts. Dann spricht Johanna wieder aus dem Off, erklärt Zusammenhänge.

Eine schwarz-weiße Utopie

Ab etwa der Hälfte des Films wechseln die Bilder in eine

Schwarz-Weiß-Animation. Wir befinden uns in Berlin 2024, Klimaaktivist*innen und Arbeiter*innen schließen sich zusammen, treten eine Revolution los, um den Kapitalismus zu überwinden.

Wer die aktuellen Streik- und Protestbilder in ganz Europa betrachtet, könnte fast denken, dass Johannas schwarz-weiße Utopie nicht völlig ausgeschlossen

ist. Gemeinsame Proteste von Gewerkschaften und den Klimaaktivist*innen von Fridays for Future hat es längst schon gegeben. Doch ist das schon der Beginn vom Ende des Kapitalismus? Klar wird: 2024 werden wir den Kapitalismus nicht überwunden haben. Aber es ist allemal besser über sein Ende nachzudenken als über das der Welt. *Petra Welzel*

PREIS

Noch bis zum 30. April können sich Betriebsräte, JAVen, Mitarbeiter*innen- und Schwerbehindertenvertretungen für den **Deutschen Betriebsrätepreis 2023** bewerben. Dabei ist es egal, ob es einzelne Mitglieder, ganze Gremien oder betriebsübergreifende Kooperationen sind. Auch Betriebsräte, die einen der Preise schon einmal gewonnen haben, können sich mit neuen Projekten bewerben.

Wichtig ist, dass ihre Projekte und Initiativen aus den Jahren 2021 bis 2023 zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, zum Erhalt von Arbeitsplätzen, zur Schaffung neuer Stellen im Betrieb oder zur Bewältigung von Krisen beigetragen haben. Es können auch mehrere Projekte eingereicht werden. Mehr Infos: [dbrp.de](https://www.dbrp.de)

NACHRUF

Der Kollege **Volker Olitzsch** ist Anfang März im Alter von 63 Jahren verstorben. Zum 1. Juli 1991 hatte der gebürtige Stralsunder seine Arbeit als Gewerkschaftssekretär bei der hbv in der Bezirksverwaltung Jena aufgenommen. Seit der ver.di-Gründung gehörte er zum Team des Bezirks Ostthüringen. Seit 2014 verantwortete er dort vor allem den Großhandel. „In all den Jahren engagierte sich Volker freundlich und zuverlässig, mit Fachkompetenz und Einfühlungsvermögen für unsere Mitglieder“, heißt es in einem Nachruf des ver.di-Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und des ver.di-Bezirks Thüringen.

Knappes Gut

„Das Kräfteverhältnis am Arbeitsmarkt hat sich gedreht – zugunsten der Arbeitnehmer. Die lassen buchstäblich ihre Muskeln spielen, haben gelernt, dass die Arbeitskraft zu einem knappen Gut geworden ist.“

Aus dem Handelsblatt vom 26. März 2023